



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

43. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

4. Februar 2004

Gelsenkirchen - Firma ELAN Backbetrieb- und
Lebensmittelhandelsgesellschaft mbH

10:45 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenografin: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden den Tagesordnungspunkt

Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3899

abzusetzen, erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch

*) öffentlicher Teil mit Tagesordnungspunkt 9 siehe APr 13/1128
vertraulicher Teil mit TOP 7 siehe Vertr. APr 13/41

1 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Zuschriften 13/3491 (Neudruck), 13/3607, 13/3622, 13/3642 und 13/3673

Der Ausschuss verständigt sich darauf - falls vorher keine Einigung über eine schnellere Vorgehensweise zustande kommt -, die abschließende Beratung in der nächsten Sitzung abzuhalten.

2 Bio-Konsens-NRW

5

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3952 (Neudruck)

In Verbindung damit:

Nanotechnologie ist Zukunftstechnologie zur industriellen Erneuerung in NRW - Nanotechnologiewettbewerb NRW starten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3953

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dieses Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen und eine abschließende Beratung anzustreben.

3 Leistungsorientierte Forschungsförderung in NRW erhalten - Streichung der Mittel für TG 73 bedeutet Rückschlag für Forschung und Innovationen in NRW

7

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4407

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung in der nächsten Sitzung abzuhalten. Eventuell soll dazu das Wissenschaftsministerium eingeladen werden.

4 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb

9

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4558

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Protokoll der Anhörung vom 31.01.2001 „Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ im Hinblick auf diesen Themenkomplex durchzugehen und dann darüber zu beraten, ob eine Anregung für eine erneute Anhörung an den federführenden Ausschuss erfolgen soll.

5 Gegen Wildwuchs bei der Windkraft - Umsteuern tut Not

16

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4563

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung in der nächsten Sitzung abzuhalten.

6 Sachlich gebotene Novelle der Abwasserabgabe anpacken

17

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4742

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache einvernehmlich an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

8 Verschiedenes

17

Bericht des Staatssekretärs über die Berufung der Mittelstandsbeauftragten

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, dass das Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung irrtümlich auf der Tagesordnung stehe. Der Ausschuss habe in der letzten Sitzung beschlossen, hierzu kein Votum abzugeben. Gegen den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt

Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3899

abzusetzen, erhebt sich aus dem **Ausschuss** kein Widerspruch.

1 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Zuschriften 13/3491 (Neudruck), 13/3607, 13/3622, 13/3642 und 13/3673

(vom Plenum nach der 1. Lesung am 21. November 2003 an den hiesigen Ausschuss - federführend - sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen überwiesen)

Nach der am 10. Dezember 2003 erfolgten ersten Beratung sei beschlossen worden, die nach der Geschäftsordnung vorgesehene Anhörung der kommunalen Spitzenverbände in schriftlicher Form vorzunehmen, erklärt der **Vorsitzende**. Die entsprechenden Zuschriften lägen mittlerweile vor. Die mitberatenden Ausschüsse hätten wie folgt votiert:

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform habe den Gesetzentwurf am 8. Januar 2004 einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik habe den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 7. Januar 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP beschlossen, kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung habe den Gesetzentwurf am 18. Dezember 2003 bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sei der Gesetzentwurf ebenfalls bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss habe sich am 23. Januar 2004 einvernehmlich darauf verständigt, kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen habe den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 3. Februar 2004 bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung, an den der Gesetzentwurf nicht überwiesen worden sei, habe sich dennoch damit beschäftigen wollen und sich in seiner Sitzung am 8. Januar 2004 einstimmig dafür ausgesprochen.

Im Vorfeld habe sich der Wirtschaftsausschuss einvernehmlich geeinigt, in dieser Sitzung keine Abstimmung herbeizuführen.

Christian Weisbrich (CDU) bezeichnet Bürokratieabbau als ein schwieriges und nur langsam vonstatten gehendes Geschäft. Insbesondere der Landkreistag äußere Bedenken gegen § 3 Nr. 1 des Gesetzentwurfes, in dem es um die Auflösung der staatlichen Umweltämter und der Ämter für Arbeitsschutz sowie die Zusammenfassung der Aufgaben dieser Ämter gehe. Diese Bedenken könne er inhaltlich gut nachvollziehen, da bisher noch nicht geklärt sei, wie die doppelte Dienstaufsicht für eine neu einzurichtende „Superbehörde“ in der Praxis funktionieren solle.

Deswegen schlage die CDU-Fraktion mit dem als Tischvorlage unterbreiteten Änderungsantrag vor, den strittigen Punkt im derzeitigen Beratungsstand auszuklammern, damit das Gesetz insgesamt verabschiedet werden könne. Von den 35 Vereinfachungsvorschlägen aus Ostwestfalen-Lippe seien 15 in den Gesetzentwurf eingearbeitet worden. Wenn nun einer herausfalle, halte er das für vertretbar.

Im Interesse einer beschleunigten Abarbeitung des Projektes bitte er darum, dem vorgelegten Änderungsantrag zuzustimmen. Hier komme eine Modellregion auf einer Basis zum Tragen, die es allen Beteiligten gestatte, sich mit vollem Herzen und Engagement für eine erfolgreiche Durchführung einzusetzen.

Das Zusammenlegen der Ämter zu einer großen Behörde bedeute keine Entbürokratisierung und stelle keine tragfähige Lösung für die Zukunft dar, deswegen bringe die FDP-Fraktion den vorgelegten Änderungsantrag ein, erläutert **Marianne Thomann-Stahl (FDP)**. Auch bei den Kollegen der SPD-Fraktion herrsche diesbezüglich keine Begeisterung. Offensichtlich habe sich Frau Ministerin Höhn durchgesetzt und zeige

sich nicht kompromissbereit. Sie werde allerdings nicht davor bewahrt, trotzdem Farbe zu bekennen und über den Antrag der FDP-Fraktion abzustimmen.

Die Abgeordnete bitte das Ministerium bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses um Abgabe eines schriftlichen Berichts hinsichtlich der flankierenden Gesetzgebung der noch sehr verhalten agierenden Bundesregierung, wovon aber nicht das Gesetzgebungsverfahren abhängen solle. Damit das Land seinen erfolgreichen Weg weiterhin beschreiten und Ostwestfalen-Lippe als Modellregion eingerichtet werden könne, halte sie die Gesetzgebungsaktivitäten des Bundes für unverzichtbar.

Helga Gießelmann (SPD) begrüßt die Initiativen zur Umsetzung aus Ostwestfalen ebenso wie die schnelle Reaktion und vorbildliche Arbeit der Landesregierung. Die vielen damit zusammenhängenden rechtlichen Prüfungen dürfe man aber nicht außer Acht lassen. Auch der Bund tue sich schwer damit, dies abzuarbeiten.

Sie wisse, dass auch in der Region OWL kritisch über den Bereich der unteren Landesbehörden diskutiert werde. Die Landräte forderten, diese Aufgabe zu kommunalisieren oder zu privatisieren. Dabei bleibe immer ein Rest, den die Kreise oder Kommunen nicht erledigen könnten, der gebündelt werden müsse. Es stelle sich dann die Frage, wo diese Bündelung geschehen solle - beispielsweise beim Regierungspräsidenten. Die Diskussionen in der Region seien noch nicht abgeschlossen. Durch das Zusammenfassen dieser Behörden sehe die SPD-Fraktion mehrheitlich eine Vereinfachung für deren Kunden. Die Landesregierung werde - wie angekündigt - über weitere Kommunalisierungen nachdenken und im weiteren Verfahren entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Der Gesetzentwurf könne in seiner jetzigen Form durchaus auf den Weg gebracht werden. Das zeigten auch die mitberatenden Ausschüsse, die dieses Thema intensiver beispielsweise aus umwelt- und arbeitsschutzrechtlicher Sicht anders diskutiert hätten, als es im federführenden Ausschuss geschehe. Sie plädiere für eine rasche Verabschiedung, allerdings nicht während einer auswärtigen Sitzung.

Auch die Grünen-Fraktion wolle den Gesetzentwurf so schnell wie möglich verabschieden, betont **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Er schlage vor, Ende kommender Woche eine Sondersitzung anzuberaumen, um das Thema noch einmal im Detail durchzusprechen.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) hebt die schnelle Bearbeitung der mitberatenden Ausschüsse hervor. Formal gesehen könne der Gesetzentwurf also rasch verabschiedet werden, was im Interesse der Region liege. Auch die Äußerungen von Frau Gießelmann verstehe er so, dass sie keine Einwände gegen den Gesetzentwurf als solchen habe. Daher erkenne er keine Gründe für weitere Verzögerungen, worauf **Helga Gießelmann (SPD)** auf die noch vorliegenden Änderungsanträge hinweist.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) hält den Vorschlag des Abgeordneten Sagel für konstruktiv und schlägt eine kurze Sondersitzung vor dem nächsten Plenum vor. Er wolle Ministerpräsident Steinbrück beim Wort nehmen, der am letzten Freitag bei der Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh kommuniziert habe, dass er ein großes Interesse an diesem Projekt habe und sehr optimistisch im Hinblick auf eine schnelle Abwicklung sei.

Bis auf einen strittigen Punkt, der noch ausgeklammert werden müsse, plädiere die CDU-Fraktion dafür, sofort abzustimmen. Im Interesse der Region dürfe nicht das gesamte Verfahren verzögert werden.

Laut Ältestenrat stehe dieser Punkt nicht auf der für das nächste Plenum festgesetzten Tagesordnung, teilt der **Vorsitzende** mit. Somit müsste diese zu Beginn der Plenardebatte geändert werden.

Dass sich der von den Regierungsfractionen signalisierte Gesprächsbedarf schon erübrigt habe, überrasche ihn auch. Da aber von zwei Fraktionen noch Änderungsanträge vorlägen und die Zusicherung bestehe, in dieser Sitzung nicht abzustimmen, liege das weitere Verfahren fest.

Für eine Beratung im März-Plenum reiche eine Verabschiedung in der Ausschusssitzung am 3. März. Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussion halte er es eigentlich nicht für notwendig, das Thema unbedingt in das Plenum der nächsten Woche zu bekommen. Somit könnten auch die Oppositionsfractionen noch hoffen, dass sich das Blatt in der Zwischenzeit für sie wende.

Christian Weisbrich (CDU) bezeichnet dies als formal richtig. Wenn man es aber mit der Beschleunigung von Verfahren und dem Bürokratieabbau ernst meine, habe er wenig Verständnis für diese weitere Verzögerung.

Wenn die SPD-Fraktion bei ihrer Haltung bleibe, heute nicht entscheiden zu wollen, akzeptiere die CDU dies nach gutem demokratischen Brauch. Im Interesse der Menschen, die auf ein Ergebnis warteten, sollten die Koalitionsfractionen aber noch einmal über die Änderungsanträge bzw. ein Ausklammern der strittigen Punkte nachdenken, damit in der nächsten Sitzung ein positiver Abschluss herbeigeführt werden könne.

Aus der Tatsache, dieses Thema nicht im nächsten Plenum zu behandeln, sollte kein Konflikt zwischen Regierungskoalition und Oppositionsfractionen entstehen, räumt **Marc Jan Eumann (SPD)** ein. Das gehe auf eine Verabredung zwischen allen parlamentarischen Geschäftsführern zurück, die diese Sitzung vorbereitet hätten.

Frau Gießelmann habe bereits den noch vorhandenen Beratungsbedarf angesprochen. Somit plädiere auch er für eine einvernehmliche Erledigung in der Sitzung am 3. März, um dann ordnungsgemäß das März-Plenum zu erreichen. Alles andere bezeichne er als eher ungewöhnlich, es spreche auch nicht gegen die Schnelligkeit des Verfahrens.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) geht noch einmal auf die zwei Änderungsanträge ein, die in der Grünen-Fraktion noch diskutiert werden müssten. Daher sei eine Verabschiedung in der heutigen Sitzung - wie auch vereinbart - nicht möglich. Er schlage vor, Anfang der nächsten Woche über eine schnellere Vorgehensweise zu beraten.

Auch **Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** sieht nach den getroffenen Vereinbarungen keine andere Möglichkeit, als so zu verfahren. Ansonsten bleibe es bei einer Verab-

scheidung in der Sitzung am 3. März mit der anschließenden Debatte im nächstmöglichen Plenum.

2 Bio-Konsens-NRW

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3952 (Neudruck)
in Verbindung damit

Nanotechnologie ist Zukunftstechnologie zur industriellen Erneuerung in NRW - Nanotechnologiewettbewerb NRW starten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3953

(vom Plenum am 5. Juni 2003 an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung - federführend - sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und den hiesigen Ausschuss überwiesen)

Helga Gießelmann (SPD) meldet weiteren Beratungsbedarf an, worauf **Christian Weisbrich (CDU)** für eine Vertagung der Diskussion plädiert.

Der **Vorsitzende** fragt nach einer Möglichkeit, die beiden Anträge eventuell zu trennen, was **Christian Weisbrich (CDU)** befürwortet. - Der **Ausschuss** signalisiert seine Zustimmung.

Laut **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** geht der Ansatz des Antrages zum Bio-Konsens in die falsche Richtung. Dort werde der Einsatz von mehr Grüner Gentechnik gefordert, aber nicht gesagt, was im Detail produziert werden solle. Man wolle Technologien fördern ohne die Inhalte zu konkretisieren. In Bezug auf die Grüne Gentechnik gebe es mittlerweile weitreichende Regelungen, was die Kennzeichnungspflicht u. Ä. angehe, weil teilweise auch in anderen Ländern produziert werde. Er halte den Antrag für nicht zustimmungsfähig.

Dies betreffe vor allen Dingen Punkt 1 b) und die weiteren Ausführungen auf Seite 4, erklärt der **Vorsitzende**. Er akzeptiere, dass noch Beratungsbedarf bestehe, irgendwann müsse man allerdings auch zum Abschluss kommen.

Christian Weisbrich (CDU) äußert seinen Unmut über die Diskussionen mit Herrn Sagel. Es gebe eine ausführliche und überzeugende Darstellung der Grünen Gentechnik von kompetenter Seite, wobei klar zu erkennen sei, dass man bestimmte Dinge gar